

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Eva-Maria Holzleitner, BSc, Petra Wimmer,
Genossinnen und Genossen

betreffend **Rechtsanspruch auf ganztägigen, kostenfreien Kinderbildungsplatz ab dem 1. Lebensjahr**

eingbracht im Zuge der Debatte Antrag der Abgeordneten Norbert Sieber, Barbara Neßler,
Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kinderbetreuungsgeldgesetz
geändert wird (2718/A)

Im August 2022 veröffentlichte die Statistik Austria die aktuelle Kindertagesheimstatistik 2021/22¹⁾ und deckte einmal mehr Mängel und Versäumnisse in der österreichischen Kinderbetreuung und Elementarpädagogik auf. Besonders dramatisch ist die Tatsache, dass der Anteil jener Kinder, die in VIF-konformen Einrichtungen²⁾ betreut werden, im letzten Jahr sogar gesunken ist. Bei den bis Zweijährigen gab es österreichweit einen Rückgang von 64,0 Prozent auf 59,8 – wobei 2021 nur 29,1 Prozent dieser Altersgruppe überhaupt eine Krippe bzw. Kleinkindgruppe besuchten. Bei den Drei- bis Fünfjährigen (Betreuungsquote: 93,8) sank der Anteil von 51,8 auf 49,3 Prozent. Besonders groß war das Minus etwa in Niederösterreich mit einem Rückgang bei den Jüngsten von 51,1 auf 44,4 und bei den Älteren von 41,5 auf 31,4 Prozent.³⁾ Statt mehr Kinderbildungsplätze zu schaffen, preist die Bundesregierung nun eine „Kinderbildungsmilliarde“, die keine ist. In der jüngsten 15a Vereinbarung betreffend Elementarpädagogik wurden die jährlichen Mittel lediglich um rund 50 Millionen Euro erhöht, dabei braucht es eine Milliarde jährlich, um einen Rechtsanspruch zu ermöglichen. Eine Mogelpackung also, die angesichts explodierender Baukosten, notwendiger Lohnerhöhungen aufgrund der Teuerung für die Pädagoginnen und Pädagogen sowie der ohnehin schon angespannten Budgetsituation der Gemeinden bei weitem nicht ausreicht. Dass Eltern immer schwerer eine qualitativ hochwertigen mit Vollzeitjobs vereinbaren Bildungs- und Betreuungsplatz für ihre Kinder finden, ist untragbar. Schwierige Arbeitsbedingungen und die schlechte Bezahlung führen außerdem dazu, dass viele Beschäftigte aufhören oder in andere Branchen wechseln. Erste Gruppen mussten bereits schließen oder ihre Öffnungszeiten aufgrund zu wenig Personal einschränken. Aufgrund dieser familien- und bildungsfeindlichen Politik ist auch ein deutlicher Rückgang des Kinderbetreuungsangebots in Österreich zu befürchten.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt, der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert einen Rechtsanspruch auf ganztägigen, kostenfreien Kinderbildungsplatz ab dem 1. Lebensjahr sicherzustellen.“

- 1) <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bildung/kindertagesheime-kinderbetreuung>
2) https://www.kinderbetreuungsatlas.at/pdf/FACT%20SHEET%201_VIF_Indikator.pdf
3) <https://oesterreich.orf.at/stories/3173671/>